

## Klimaradikalismus und Vernunft

Keine gesetzliche Fixierung von Klimaschutzzielen!

Überlegungen von Gerd Eisenbeiß , 22. Januar 2020

Auch mir wäre es am liebsten, wenn sich die Welt oder wenigstens die meisten Staaten auf eine gemeinsame Strategie Richtung Klimaneutralität einigen würden - am besten durch ein weltweites Kohlenstoff-Lizenzverfahren mit handelbaren Zertifikaten<sup>1</sup>. Denn ich teile die Überzeugung, dass die Wissenschaft klar genug gezeigt hat, dass wir auf riesige Probleme und Katastrophen zutreiben; sie hat es gezeigt mit den Mitteln objektiver Naturwissenschaften in Theorie und beobachtender Praxis - übrigens nicht als eindimensionaler Erkenntnisprozess, sondern als Resultat eines sehr selbstkritischen Suchprozesses nach einer möglichst wahrheitsnahen Deutung beobachteter Veränderungen in der Atmosphäre, in den Ozeanen und in allen Regionen der Kontinente und Inseln.

Aber solange keine globale Einigkeit erreichbar ist, sollte es **keine Befreiung von einem allgemeinen Vernunftprinzip** geben: wer handelt, muss die Wirkungen seines Handels bedenken - sei es hinsichtlich unerwünschter Nebenwirkungen oder sei es im Hinblick auf den tatsächlichen Beitrag zur Zielerreichung.

Beim Klimaschutz liegen die unerwünschten Nebenwirkungen im gesellschaftsstrukturellen und sozialen Bereich von Arbeitsplätzen, Einkommen und Schicksalen, die Nebenwirkungen 2. Art liegen in Rückwirkungen auf Märkte und Reaktionen Dritter, die die Kostenvorteile fossiler Energien weiter nutzen werden und sich andere Vorteile aus der Erderwärmung versprechen (Russland); da kann eine Einsparung der einen zu mehr Fossil-Einsatz bei anderen führen, ohne dass die Erderwärmung aufgehalten wird.

---

<sup>1</sup> Also Zertifikatspflicht nicht für die CO<sub>2</sub>-Emittenten, sondern für diejenigen, die den Kohlenstoff primär in den Handel bringen, also Kohleminen, Öl- und Gasförderer.

Klimaschutzgegner, seien es Leugner der menschengemachten Erwärmung oder Populisten, die mit der Ablehnung aller Klimaschutzkosten und Unbequemlichkeiten werben, freuen sich über die Blockade international abgestimmter Klimaschutzziele und -programme und fördern solche Einstellungen nach Kräften. Klimaschutzradikale sehen die moralische Notwendigkeit irgendeines Handelns so absolut, dass sie ihrerseits eine vernünftige Wirkungsanalyse weder mitvollziehen noch daraus folgende, ebenfalls wissenschaftliche Erkenntnisse hören oder gar anerkennen wollen, z.B. die Argumente von Prof. Sinn. Jedem Engagierten muss klar sein, dass keine Schlacht und kein Krieg nur gewonnen werden kann, ohne die Gegenmaßnahmen der Gegner realistisch einzuschätzen und zu **berücksichtigen**.

#### **Was also ist eine vernünftige EU-Klimaschutz-Politik?**

Dieser wohlhabende europäische Kontinent sollte ehrgeiziger sein, als es andere Kontinente sein können (Afrika, Süd-Asien, Süd-Amerika) oder vorerst wollen (Nord-Amerika, Australien); die großen asiatischen Nationen China und Japan sowie ein demokratisch regiertes Nord-Amerika könnten vielleicht als erste dem europäischen Beispiel folgen.

Da das alles sehr allgemein und wenig originell klingt, sei hier der wichtige Punkt hervorgehoben: **Vernünftig ist eine europäische Klimaschutzpolitik nur insoweit, wie sie eine wirtschaftlich und sozial hinnehmbare Vorbildrolle realisiert, der sich industriepolitisch auszahlen könnte, wenn andere folgen.**

#### **!WENN ANDERE FOLGEN!**

**Das ist der Knackpunkt.** Deshalb muss die europäische Klimaschutzpolitik zwei Kriterien erfüllen:

- Sie muss, um attraktiv zu sein, so kostengünstig wie möglich gestaltet werden, also mittels immer knapperer handelbarer Zertifikate
- Sie darf sich nicht rechtlich fesseln, also etwa indem sie das Ziel „Klimaneutralität“ gesetzlich mit Zeitplänen verankert, die ohne Rücksicht auf

das Verhalten anderer zu vollziehen wären (Maßnahmen bedürfen dagegen in der Regel der gesetzlichen Fixierung).

Der erste Punkt ist wichtig, weil kaum jemand einem Beispiel folgen wird, das unsinnige Kosten verursacht, wenn nicht gar Chaos an den Märkten, Arbeitsplätzen etc. Bisher ist das deutsche Beispiel sicher weit von einem effizienten Kostenmanagement entfernt. Je mehr es sich in Einzelmaßnahmen verzettelt, anstatt das prinzipiell beschlossene Zertifikatssystem als Hauptinstrument wirken zu lassen, desto unattraktiver wird es für andere werden.

**Dieser zweite Punkt gerät gerade in Gefahr, weil die Klimaradikalen die Verrechtlichung der Klimaziele verlangen, ohne die konkreten Maßnahmen und Kosten zu kennen.** Das wäre verheerend, wenn andere dem europäischen oder deutschen Beispiel nicht folgen sollten, sondern die Wettbewerbsvorteile nutzen, die sich ohne Klimaschutz ergeben - umso mehr Vorteile je stärker die europäische Nachfrageminderung bei fossilen Energien deren Preis sinken lassen. Man kann einen Wirtschaftsraum mit starkem Klimaschutz zwar durch Ausgleichsabgaben an den Grenzen ein wenig schützen, aber doch nur ein wenig, weil die Energiekosten in allen Produkten stecken, oft erheblich in darin verarbeiteten Vorleistungen. Man wird darüber hinaus auch bedenken müssen, dass solche Ausgleichsabgaben praktisch neue Zollschranken sind, die den Welthandel und seinen Wohlstandsnutzen erheblich beeinträchtigen - je perfekter sie sind, desto größer die Handelshemmnisse und damit weitere Nebenkosten der Klimaschutzpolitik.

Eine gefährliche Entwicklung stellen in diesem Zusammenhang auch Klagen vor deutschen Gerichten dar, die schon jetzt die Verletzung politischer Ziele als Straftat gewertet haben wollen. Ebenso gefährlich sind jene Ansätze, die bolivianischen Bergbauern oder Dörflern aus Bangladesch (Klagen gegen RWE und die Bundesregierung) eine Entschädigung einklagen wollen für Schäden, die dem Kli-

mawandel und damit auch anteilig deutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen zugeschrieben werden können.

**Vernünftiger Klimaschutz muss bei allem überdurchschnittlichen Ehrgeiz stets im Bereich politischer Entscheidungsfähigkeit bleiben – einem jederzeit demokratischen Entscheidungsverfahren.**

Denn auch der Demokratie drohen Nebenwirkungen überzogener Klimaschutzpolitik: den ohnehin gegen Klimaschutz polemisierenden Populisten und Neo-Faschisten darf man nicht das recht überzeugende Argument zuschanzen, ohne Nachahmer schädige ein isoliert zu weites Vorpreschen nur die eigenen Bürger, ohne ein spürbare Wirkung zu entfalten.

Deshalb bedeutet politische Führung auch beim Klimaschutz, den Abstand zu denen, die man führen will, nicht zu groß werden zu lassen. Ein Führungsanspruch, der das Feld dahinter nicht mehr erreicht, ist im Übrigen nur lächerlich.